

## 5 Das Versprechen politischer Teilhabe als unabschließbares Projekt

### Ohnmachtserfahrungen als Auftrag, Demokratie und Alltag fortlaufend zu demokratisieren

---

Die Individuen, aus denen sich der *demos* zusammensetzt, erleben sich in der Demokratie in vielfältiger Weise als ohnmächtig: Sie werden aus dem Volk ausgeschlossen, bei der politischen Repräsentation des Volkswillens werden ihre Erfahrungen nicht berücksichtigt, sie erleben den Staat als verhärtete, gegenüber den eigenen Erfahrungen wenig responsive Macht, ihre politischen Präferenzen stehen nicht zur Wahl – oder werden nach der Wahl nicht umgesetzt, sie finden in der Öffentlichkeit kein Gehör oder haben das Gefühl, die eigene Anteilslosigkeit nicht in die Artikulation von Konflikt oder Forderungen nach politischer Gleichheit übersetzen zu können. Entsprechende Ohnmachtserfahrungen stehen in einem engen Zusammenhang zu sozialer Ungleichheit entlang unterschiedlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Sie verstärken sich wechselseitig und haben zur Folge, dass die Transmission von Forderungen vom *demos* in die Institutionen ins Stocken gerät. Die staatlichen Institutionen drohen in der Folge immer verhärteter und sozial selektiver zu werden. Demokratie garantiert zwar noch – wenn auch in einem durch die Staatsbürgerschaft begrenzten Rahmen – formal gleiche Beteiligungsmöglichkeiten, politische Gleichheit ist jedoch durch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse *de facto* außer Kraft gesetzt.

Ohnmachtserfahrungen und die sie hervorrufende Ungleichheit bleiben politisch häufig unsichtbar. So kann es sein, dass die Ordnung des Diskurses keine Sagbarkeitsfelder bietet, in denen sie artikuliert werden können. Gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse können derart überwältigend wirken, dass jedweder Versuch, sie zu überwinden, von vornherein zum Scheitern verurteilt scheint. Alltagspraktisch kann es rationaler sein, die Verhältnisse als unhintergehbaren Rahmen zu akzeptieren, ihre Spielregeln und ungleichen sozialen Positionen zu internalisieren und adaptive Strategien zu entwickeln. Alltägliche Lebenslagen bieten darüber hinaus häufig keine Erfahrungsräume, die eigenen Probleme und Bedürfnisse als politische Fragen zu begreifen. Erfahrungen bleiben dadurch frag-

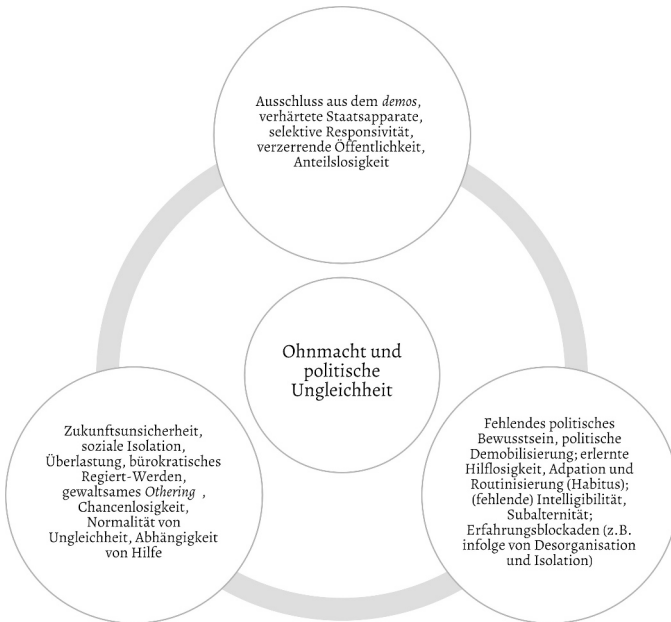
mentiert und individualisiert. Hinzu kommt, dass Menschen sich in konkreten Situationen immer wieder als ohnmächtig erleben – und in der Folge diese Ohnmacht präventiv in ihrer Praxis voraussetzen. Nichtsdestotrotz wohnt Ohnmachtserfahrungen und Ungleichheit ein gewisses Moment der Unruhe inne, das zumindest die Möglichkeit offen lässt, dass die Anteilslosen innerhalb der und gegen die Demokratie ihren Anteil einfordern.

Ohnmacht wird in der alltäglichen Erfahrung teilweise als allgegenwärtig erlebt, während Demokratie als alltagsfremd erscheint. Das eigene Leben scheint nicht – oder wenn in erster Linie negativ – auf politische Aushandlungsprozesse innerhalb der Institutionen bezogen. Ursachen entsprechender Erfahrungen können Zukunftsunsicherheit, soziale Isolation, ein überfordernder und nicht zu bewältigender Alltag, ein behördlich verwaltetes Leben, gewaltsames *Othering*, Chancenlosigkeit, unveränder- und unüberwindbar erscheinende Ungleichheit oder eine Abhängigkeit von Hilfe sein. Entsprechende Ohnmachtserfahrungen und Momente von Subalternität entstehen nicht nur an den Rändern der Gesellschaft. Fehlende politische Handlungsfähigkeit ist vielmehr ein Problem, das breite Teile der Bevölkerung erfasst. Je stärker das alltägliche Leben von Menschen durch entsprechende ohnmächtig machende Mechanismen geprägt ist, umso schwieriger wird es für sie, eine politische Artikulation für ihre individuellen Probleme zu finden. Demokratie, so zeigt sich hier, repräsentiert stets nur einen Teil der gesellschaftlich vorhandenen Erfahrungen – während relevante Teile der Alltagserfahrung selbst in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit desartikuliert bleiben. Ohnmachtserfahrungen wirken dabei kumulativ, verstärken sich wechselseitig und können sich »über den gesamten Lebensverlauf zu einer enormen ›strukturellen Gewalt‹« (Groh-Samberg 2009: 209) verdichten. Geflüchtete stehen exemplarisch für Gruppen, deren Handlungsfähigkeit strukturell eingeschränkt wird – was nicht damit gleichzusetzen ist, dass sie *keine* Handlungsfähigkeit besitzen, wohl aber damit, dass eine große Wahrscheinlichkeit besteht, dass ihre privaten Hoffnungen und Bedürfnisse alltäglich frustriert werden. Ohnmachtserfahrungen schreiben sich in die Betroffenen ein und bewirken, dass sie sich aus Aushandlungsprozessen zurückziehen, ihre Forderungen präventiv zurücknehmen oder sich sozial isolieren, da sie davon ausgehen, ohnehin kein Gehör zu finden.

Aufgrund von Ohnmachtserfahrungen entstehen entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse alltäglich Trennlinien zwischen repräsentierbaren und nicht-repräsentierten Bedürfnissen, Interessen und Forderungen. Die Erfahrungen wirken politisch nach und haben zur Folge, dass bestimmte Forderungen nicht im Rahmen der institutionellen Politik prozessiert werden und häufig nicht einmal mehr öffentlich sichtbar werden. Das demokratische Versprechen politischer Gleichheit wird dadurch systematisch unterminiert. Der politische Raum der Demokratie, in dem sich Menschen vermeintlich als freie und gleiche begegnen, ist in der Folge durchzogen von unsichtbaren Hierarchien und

»alltäglichen Grenzziehungen« (Book et al. 2020b), die durch soziale Ungleichheit in der Gesellschaft hervorgerufen werden. Demokratische Gleichheit touchiert nur einen kleinen Teil der alltäglichen Erfahrungen.

Grafik 23: Ohnmacht und politische Ungleichheit



Quelle: Eigene Darstellung

Aus den rekonstruierten Problemen unterschiedlicher demokratietheoretischer Ansätze, der Spurensuche nach Ohnmacht in der politischen Theorie und den empirischen Erfahrungen von Geflüchteten in Deutschland lassen sich fünf Schlussfolgerungen ziehen.

*Erstens* muss Ohnmacht als zentrales Moment der gegenwärtigen politischen Konfiguration begriffen werden. Entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse machen Menschen immer wieder Erfahrungen von Missachtung und Kontrollverlust, etwa dort, wo ihre körperliche Unversehrtheit verletzt wird, ihr Leben dem Zugriff der Bürokratie ausgeliefert ist, ihre Freiheit eingeschränkt ist, sie keine Chance auf Teilhabe haben oder nicht als legitimes Gegenüber anerkannt werden. Demokratie wird dadurch zu etwas Alltagsfremden, das von der »Erfahrungswelt [...] weitgehend abgekoppelt« (Menz et al. 2013: 40) ist.

*Zweitens* entsteht infolge alltäglich wiederholter Ohnmachtserfahrungen Subalternität, wodurch Bedürfnisse der Betroffenen politisch desartikuliert bleiben. Punktuelle Ohnmacht verdichtet sich zur grundlegenden Erfahrung, von sozialer und politischer Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Diejenigen, die sich im Alltag in erster Linie als überlastet, überfordert, ausgeliefert und vereinzelt erfahren, verfügen nur begrenzt über jene Erfahrungsräume, die notwendig sind, um individuelle Bedürfnisse in kollektive Forderungen – und ein politisches Bewusstsein – zu übersetzen. Je stärker die Gesellschaft als etwas erfahren wird, dem man passiv ausgesetzt ist, desto schwieriger ist es, »sich prinzipiell im Verhältnis zur Welt und die Welt im Verhältnis zu sich zu verstehen, [...] jede politische und ökonomische Gestaltung und Veränderung dieser Verhältnisse [erscheint] aussichtslos« (Spoo 2016: 48). Der Alltagsverstand befördert in der Folge »die Passivität der Beherrschten, indem er sie in der Annahme bestärkt, sozialpolitische Änderungen seien unmöglich« (Sott 2017: 32-33). An »die Stelle des Protests gegen Ungleichheit treten Resignation und politische Apathie« (Schäfer, 2008: 38). Der Staat wird »nicht mehr nur [als] enteignete und entfremdete, sondern vielfach auch feindliche Institution angesehen, die für die Durchsetzung eigener Interessen kaum mehr genutzt werden kann« (Menz et al. 2013: 48). Je weniger individuelle Handlungsressourcen vorhanden sind, desto wahrscheinlicher wird es, dass Probleme »eher individualistisch bearbeitet oder gar fatalistisch akzeptiert« (ebd.: 32) werden (»Ich bin hier nur ein Geflüchteter, das passt schon so« (I40)). Formale Gleichheit ist vor dem Hintergrund alltäglich parallel fortbestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse unzureichend, da sie »mit so eklatanten Unterschieden in der Ressourcenausstattung und der politischen Beteiligung einhergehen [kann], dass das Gleichheitsversprechen der Demokratie zur Illusion verkommt« (Schäfer 2013a: 547). Ausschluss, Unterdrückung und Diskriminierung, die die eigene Lebenssituation prägen, können dadurch »noch nicht ausgedrückt werden« (Steyerl 2008: 15). Es entsteht »eine enge Verbindung zwischen dem Status der Subalternität und dem Schweigen« (ebd.: 11). Die Erfahrungen der Subalternen bleiben dadurch aus der demokratischen Öffentlichkeit und ihren Aushandlungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Subalternität ist dabei weniger eine »objektive« marginalisierte Position innerhalb der Gesellschaft (z.B. aufgrund von Klassenverhältnissen, Geschlechterverhältnissen oder Rassismus), als ein subjektiver Effekt eines biographischen Erfahrungsprozesses. Sie ist nicht durch die strukturellen Bedingungen der Gesellschaft *per se* gegeben, sondern stellt sich vermittelt über konkrete Erfahrungen der Betroffenen in unterschiedlichen Lebenssituationen her. Der Erfahrungsprozess hängt jedoch – zumindest was wahrscheinliche Erfahrungen angeht – wiederum eng mit der Position in der Gesellschaft (z.B. von Rassismus oder Armut betroffen zu sein) zusammen.

Subalternität verunmöglicht *drittens* politische Gleichheit. In einer Gesellschaft, die systematisch eine soziale Ungleichheit nicht nur der Lebenslagen, sondern auch der Artikulationschancen von Bedürfnissen produziert, kann po-

litische Gleichheit nicht gewährleistet werden. Das demokratische Versprechen einer gleichberechtigten Teilhabe an politischen Entscheidungen bricht sich stets aufs Neue an bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Das gebrochene Gleichheitsversprechen berührt grundsätzlich die Legitimationsgrundlage der Demokratie: Dort, wo Gleichheit nicht – oder nur begrenzt – gegeben ist, muss der demokratische Anspruch, den *demos* in seiner stets im Wandel befindlichen Vielfalt zu repräsentieren notwendig scheitern. Aufgrund ihrer vielschichtigen alltäglichen Ohnmachtserfahrungen fühlen sich Subalterne auch dort, wo ihre formale Gleichheit garantiert ist, in der Demokratie nur begrenzt als Subjekte, die berechtigt und in der Lage sind, einzufordern, dass ihre Interessen politisch berücksichtigt werden. Aus soziale Ungleichheit entsteht in diesem Zusammenhang politische Ungleichheit. Der eigene Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft wird aufgrund entsprechender Erfahrungen präventiv zurückgenommen. Besonders stark ist diese Problematik bei denjenigen, bei denen Ohnmacht sich als »durchgängig strukturierende[s], in allen Lebensbereichen und regelmäßig wiederkehrendes Moment der Alltagserfahrung« (Scherr und Breit 2020a: 54) erweist. Demokratie ist somit zwar dem Anspruch nach »untrennbar mit politischer Gleichheit verbunden« (Schäfer 2013a: 547). Das pluralistische Gleichheitsversprechen der Demokratie, Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe zu gewährleisten und »möglichst alle Bürger\*innen in zentralen gesellschaftlichen Prozessen und Positionen zu repräsentieren« (Foroutan 2019: 30), wird alltäglich gebrochen. Die »Verpflichtung [...], allen die Teilnahme an den Diskussionen und Konflikten im öffentlichen Raum auch tatsächlich zu ermöglichen« (Rödel et al. 1990: 182-183), wird durch bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse durchkreuzt. Das demokratische Leitbild einer »allseits zugängliche[n], kritische[n] und lebhafte[n] Öffentlichkeit, über die das Gemeinwohl maßgeblich definiert und die politischen Entscheidungsträger in den Regierungen und Parlamenten zugleich kontrolliert werden« (Bieling 2015: 66), erweist sich als nur sehr begrenzt realisiert. *De facto* spiegelt und reproduziert Demokratie systematisch Ungleichheitsverhältnisse und trägt über ihre Repräsentationstechniken dazu bei, sichtbare Spuren gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse über den Anschein einer vermeintlichen Gleichberechtigung zu verwischen. Demokratie verliert dadurch den Charakter einer »nie endenden Befragung des Politischen« (Mouffe 2015: 134). Der »Riss im Gefüge der demokratischen Gleichheit« (Nachtwey 2016: 116-117) bedroht die Demokratie als Ganzes: Soziale Ungleichheit und Polarisierung führen »nicht nur zu nachlassender Wahlbeteiligung und asymmetrischer politischer Beteiligung – zu Ungunsten der sozial Schwachen –, sondern auch zu einem immer stärkeren Vertrauensverlust in die Institutionen der Demokratie« (Nachtwey 2011: 19).

Demokratie muss vor diesem Hintergrund *viertens* als zukunftsgerichtete Bewegung gegen Ohnmacht gedacht werden. Da politische Gleichheit nicht realisiert

werden kann, solange sich Menschen alltäglich als ungleich und ohnmächtig erfahren, ist Demokratie nur als unabschließbarer demokratisierender Prozess denkbar. Konkret bedeutet das unter anderem, die soziale Sicherheit von Menschen in prekären Lebenslagen zu stärken; kollektive solidarische Erfahrungsräume zu etablieren; diejenigen, die sich im Alltag als konstant überfordert erleben, zu entlasten; behördliche Praktiken politisch thematisierbar zu machen; *Othering* entschieden entgegenzutreten; Lebenschancen auch für marginalisierte Teile der Bevölkerung zu sichern; sozioökonomische Ungleichheit zu einer politischen Frage zu machen und Hilfe so zu organisieren, dass sie die Handlungsmacht der Hilfesuchenden ausweitet statt Hierarchien zu (re-)produzieren. Politische Gleichheit wird damit zu einem Horizont, der zwar nicht erreicht werden kann, aber dennoch Orientierung für notwendige Schritte einer alltäglichen Demokratisierung der Demokratie bietet. Die politische Teilhabe des *demos* setzt – wenn sie substanziell als politische Gleichheit realisiert und nicht unzulässig verkürzt werden soll – ein zukunftsgerichtetes Projekt der Demokratisierung in Gang, in dem all jene Verhältnisse kontinuierlich in Frage gestellt werden, die Ohnmacht und Ungleichheit mit sich bringen. Demokratie ist dadurch nicht länger »eine Angelegenheit der Einrichtung rechtsförmiger Prozeduren« (Mouffe 2015: 76). Sie erfordert vielmehr, dass »Praktiken, die demokratische Formen der Individualität möglich machen« (ebd.), immer wieder aufs Neue experimentell entwickelt, ausprobiert und gesellschaftlich durchgesetzt werden. Zentral für die demokratische Frage werden dadurch die Ohnmacht der Noch-Nicht oder Nicht-Mehr-Teilhabenden, die Marginalisierten und Anteilslosen, das Desartikulierte und Unausgesprochene, das Ausgegrenzte und Verdrängte.

Inwiefern demokratisierende Bewegungen möglich sind, hängt jedoch *fünftens* von den innerhalb der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse vorhandenen Erfahrungsmöglichkeiten – und damit von den materiellen Bedingungen und Spielräumen der Gesellschaft – ab. Erfahren sich die Einzelnen primär als abhängig von Entscheidungen Anderer, ausgegrenzt, externen Prozessen hilflos ausgesetzt, ungehört, unberücksichtigt und/oder überlastet, können politisches Handeln und eine Beteiligung an demokratischen Aushandlungsprozessen nur begrenzt als lohnendes Unterfangen erleben. Politik wird als ein alltagsfremder Prozess erlebt, der Staat scheint gegenüber den eigenen Forderungen und Ansprüchen ohnehin nicht responsiv. Demokratie, so die alltägliche Erfahrung, ist nur etwas für die »Anderen«, Privilegierteren. Ohnmachtserfahrungen zeigen damit nicht nur den begrenzten Charakter der real existierenden Demokratie auf, sie erweisen sich auch als Problem für die Demokratisierung der bestehenden politischen Ordnung, da sie die Artikulation und Mobilisierung von Konflikt gegen die Institutionen schwächen. Demokratie setzt praktisch voraus, dass sich Subjekte im Alltag als gleichberechtigt, handlungsfähig und als Teil der Gesellschaft statt als isoliertes, vereinzelter

und auf sich selbst zurückgeworfenes Individuum erfahren können müssen (Scherr und Breit 2020a: 66).

Es reicht vor diesem Hintergrund nicht aus, theoretisch darauf zu verweisen, dass Konflikt und die Forderung nach politischer Gleichheit und einem Anteil der Anteilslosen ins Zentrum demokratischen Denkens gerückt werden müssen. Vielmehr sind sozialwissenschaftliche Analysen notwendig, die empirisch ausloten, welche Potenziale im Alltag konkret bestehen, um Ohnmachtserfahrungen zurückzudrängen und politische Gleichheit inkrementell auszuweiten. Zentral hierfür ist eine Perspektive, die die Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen mit einem Blick auf alltägliche Erfahrungsräume (Huke 2020b) und in diesen entstehende Momente einer »pragmatisch-präfigurativen Politik« (Ribera-Almandoz et al. 2020), die in alltäglichen pragmatischen Verbesserungen utopische Momente einer demokratischeren Zukunft sichtbar werden lässt, verbindet. Demokratie und demokratisierende Potenziale lassen sich nur verstehen, wenn es gelingt, alltägliche Erfahrungen in ihrer jeweiligen Widersprüchlichkeit zwischen Ohnmacht, individuellem Eigensinn und kollektiver politischer Handlungsfähigkeit zu erfassen. Wer von Demokratie redet, sollte über die ohnmächtig machenden Verhältnisse, die Menschen alltäglich umgeben, nicht schweigen.

